

Alarm schlagen

Scheibe einschlagen



Knopf tief eindrücken

**Gegen höhere Unterrichtsverpflichtung
Für die Sicherung der Altersermäßigung**

**Kundgebung und Demonstration
29. August in Hannover**

Kommentar

So nicht, **Rot-Grün!**

Stimmungsmache gegen Lehrkräfte

von Eberhard Brandt

Führende Mitglieder der Fraktionen von SPD und Grünen haben jüngst Sprüche gegen Lehrkräfte geklopft, die in eine Kampagne gegen Lehrkräfte passen. Wie die Ostfriesenzeitung vom 4.7.2013 berichtet, hat Johanne Modder, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, bei einer VHS-Veranstaltung in Leer geäußert, oft sei es „erschreckend, wer da vor einer Klasse steht“. Meta Janssen-Kucz (MdL der Grünen) wird mit der Aussage zitiert: „Das habe ich auch als Mutter erlebt. Da gibt es nicht einmal zehn Prozent engagierte Lehrkräfte.“ „Man braucht die Möglichkeit, auch Lehrer raus zuschmeißen“, setzt in der Diskussion ein Mitglied der Gruppe „Bessere Schule“ nach. Und ein ehemaliger Schulleiter ergänzt: „Es gibt Schulleiter, die wissen, dass 30 Prozent ihrer Lehrer nicht taugen – und die können nichts machen.“ Getoppt wird das Getöse von Meta Janssen-Kucz: „Das Beamtenrecht gehört auf den Prüfstand. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, warum ein Lehrer verbeamtet sein soll.“

Man kann diese Äußerungen als Stammtischparolen qualifizieren und für unbeachtlich erklären. Oder man kann feststellen, dass sie in eine Kampagne gegen Lehrkräfte passen, die die Absicht legitimieren soll, ältere KollegInnen um ihr Recht auf Altersermäßigung zu betrügen und die Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte zu erhöhen.

Beides muss aufhören. Die Sprüche und die Politik gegen Lehrkräfte. Wir dürfen uns das nicht bieten lassen.



Eberhard Brandt ist Vorsitzender der GEW Niedersachsen

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover,
Telefon 0511 / 33804-0, E-Mail: eMail@GEW-nds.de

Vorsitzender: Eberhard Brandt, Hannover

Verantwortlicher Redakteur: Richard Lauenstein

Redakteurin: Nicole Puszcz

Postanschrift der Redaktion:
Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Fax 0511 / 33804-21
E-Mail: R.Lauenstein@GEW-Nds.de

Editorial Design: Aron Jungermann
mediendesign | aronjungermann

Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K.
Bergstraße 19, 31688 Nienstedt



So nicht, **Rot-Grün!**

Keine Erhöhung der Arbeitszeit

Nicht an Gymnasien und nicht anderswo

Zum 1.8.2014 soll die Unterrichtsverpflichtung von Gymnasiallehrkräften um eine Wochenstunde auf 24,5 angehoben werden. Diese Regelung soll an Gymnasien, Kooperativen Gesamtschulen und an Beruflichen Gymnasien gelten. So hat es die Haushaltsklausur der Landesregierung am 3. Juli beschlossen. Ab August sollen die Landtagsfraktionen darüber beraten. Ab Oktober soll die rot-grüne Einstimmigkeit das Thema im Rahmen der Verabschiedung des Landeshaushalts beraten.

Diese Erhöhung der Arbeitszeit sei den Gymnasiallehrkräften zuzumuten, erklärten Ministerpräsident Weil und Kultusministerin Heiligenstadt. Zumal Gutes damit bewirkt werde, nämlich die Verbesserung der Personalausstattung der Ganztagschulen, der Inklusion, der Fort- und Weiterbildung usw., und für das Gute eben nicht genug Geld im Haushalt übrig sei. Außerdem stünden die von der Maßnahme betroffenen Lehrkräfte im Bundesvergleich bisher sehr gut da. Im Übrigen sei es ungerecht, dass diejenigen, die an Gymnasien arbeiten, eine viel bessere Arbeitssituation hätten als diejenigen, die an Grund- und Hauptschulen arbeiten. Es sei also eigentlich eine Sache der Gerechtigkeit, dass die Differenz in der Unterrichtsverpflichtung nun verringert würde. Die GEW trete doch immer für Gerechtigkeit ein, und müsse die Verlängerung der Arbeitszeit deshalb doch begrüßen.

Wehret den Anfängen!

Die Begründung, die Arbeitszeit von Lehrkräften müsse erhöht werden, weil nicht genug Mittel für notwendige bildungspolitische Maßnahmen im Etat vorhanden seien und weil die Erhöhung von der Regierung als zumutbar angesehen werde, ist reproduzierbar und auf andere Schulformen übertragbar. 2014 soll mit dieser Begründung die Arbeitszeit für Gymnasiallehrkräfte erhöht werden. Und was ist, wenn 2015 z.B. die Konjunktur nicht so gut läuft. Steht dann die Arbeitszeit an Gesamtschulen und Berufsschulen zur Disposition? Und eine weitere Stunde an Gymnasien? Wir müssen jetzt den Anfängen wehren. Egal an welcher Schulform wir unterrichten.



Schon vor Beginn der Haushaltsklausur am 2. Juli machte die GEW ihre Positionen deutlich.

Bruch der Vereinbarungen zum Arbeitszeitkonto

Mit der Einführung des verpflichtenden Lehrerarbeitszeitkontos im Jahr 1998 sollte eine von der damaligen SPD-Landesregierung vorgesehene Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung vermieden werden. Gegenstand der Konsultationen der Regierung mit den Spitzenorganisationen DGB und DBB war deshalb, die Arbeitszeit während der Laufzeit der Arbeitszeitkonten nicht anzuheben. Diese Zusage bricht nunmehr die Regierung von SPD und Grünen. Das ist ein Skandal! Das ist ein Zeichen für politische Unzuverlässigkeit. So kann man mit den Lehrerinnen und Lehrern nicht umgehen.

Unsinniger Ländervergleich

Nur die Unterrichtsverpflichtung zu vergleichen und nicht auch die Klassen- und Kurzgrößen ist unsinnig. An den Gymnasien in Niedersachsen sind die Klassen außerordentlich groß und sie sind in den letzten zehn Jahren stark angewachsen. Auch das gehört zu einem Vergleich. Aber darum geht es gar nicht. Schließlich ist es schlecht, wenn in anderen Bundesländern das Stundendeputat an Gymnasien höher ist. Und Schlechtes wollen wir nicht, nicht in Niedersachsen und nicht in anderen Bundesländern.

Das passt nicht zusammen: Reform des Gymnasiums im Dialog und Tritte in die Kniekehle

Kultusministerin Heiligenstadt hat einen Dialog über die Zukunft der Sekundarstufe I des Gymnasiums und der gymnasialen Oberstufe eröffnet.

Der begann vielversprechend. Und es gab zwischen GEW, Philologenverband, VBE und Direktorenvereinigung eine interessante Übereinstimmung. Da könnte was draus werden – endlich eine Reform mit den Betroffenen zu erarbeiten. Doch was ist das für ein Dialog, wenn die Regierung denjenigen, die diese Reformen umsetzen sollen, in die Kniekehle tritt?

Der Weg zu mehr Gerechtigkeit

Es ist eine alte Forderung der GEW, dass die Unterrichtsverpflichtung und die Arbeitsbelastung an allen Schulformen reduziert werden. Nur auf diesem Weg sollen die Unterschiede abgebaut werden, soll mehr Gerechtigkeit zwischen den Schulformen erreicht werden. Nur auf diesem Weg soll die Beseitigung der Diskriminierung von Grund- und Hauptschullehrkräften mit dem skandalös hohen Deputat mit 28 bzw. 27,5 Wochenstunden erreicht werden. Darum hat die GEW gefordert, dass als erster Schritt an keiner Schulform mehr unterrichtet werden soll als an den Oberschulen.

Auch an den Gymnasien müssen die KollegInnen entlastet und nicht zusätzlich belastet werden. Das muss ein zentrales Ziel des Dialogs zur Reform des Gymnasiums sein. Qualitätsverbesserung und Entlastung gehören zusammen. Auch für diejenigen, die in der Sekundarstufe II arbeiten, muss die Arbeitsbelastung reduziert werden, z.B. durch die Erhöhung des Stundenpools für besondere Belastungen.

So nicht, **Rot-Grün!**

Keine Problemlösung auf Kosten der Lehrkräfte!

Kultusetat unzureichend erhöht, weitere 115 Mio. erforderlich für KiTa-Plätze, Ganzttag, Inklusion, Berufliche Bildung, Fort- und Weiterbildung

Die Haushaltsklausur der rot-grünen Landesregierung war spannend. Würde die Landesregierung das Versprechen des Koalitionsvertrages einhalten und alle Stellen im Schulbereich erhalten? Würde sie darüber hinaus die Etats des Kultus- und Wissenschaftsministeriums so aufstocken, dass die notwendigen bildungspolitischen Maßnahmen im Rahmen von Stufenplänen ernsthaft finanziert werden, die bisher völlig unzureichend finanziert oder gar nicht vorgesehen waren, z.B. Studiengebührenwegfall, Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Inklusion, Fort- und Weiterbildung, Berufliche Bildung. Diese Reformen sind unverzichtbar und daran wollen wir mitarbeiten. Zu ihrer Finanzierung hatte die GEW klare Forderungen gestellt.

Lehrkräfte tragen den größten Beitrag zu den Bildungsreformen

Das Gute zuerst – auch in dieser Lage. Wir wollen ja nicht ungerecht sein. Ja, alle Stellen sollen in dieser Legislaturperiode wieder besetzt werden. Ja, der Kultusetat wurde erhöht, und zwar um 105 Mio.. Und nun das Schlechte: Den überwiegenen Teil, nämlich 115 Mio. sollen die Lehrkräfte durch Mehrarbeit erwirt-

schaften. Das können wir nicht hinnehmen. Wir müssen versuchen, das zu verhindern. Ca. 50 Mio. will die Regierung durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte erwirtschaften lassen, 65 Mio. durch die Kürzung der in der Arbeitszeitordnung vorgesehenen Altersermäßigung. Die GEW hatte noch vor der Haushaltsklausur angekündigt, dass sie am 29. August zu einer landesweiten Demonstration in Hannover aufrufen will, wie im Jahre 2008 gemeinsam mit den Lehrer-Verbänden des Beamtenbundes, falls die nach Presseberichten angekündigten Maßnahmen tatsächlich beschlossen werden sollten. Und als GEW-Landesvorsitzender habe ich zur Kultusministerin, dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister vor der Klausur deutliche Worte gesprochen.

GEW: Der Kultusetat muss um 115 Mio. erhöht werden, keine Erhöhung der Arbeitszeit, Sicherung der Altersermäßigung, Verhandlungen über ein tragbares Altersteilzeit-Modell

Die Forderungen der GEW sind klar. Nicht die Beschäftigten können die Probleme des unzureichend ausgestatteten Kultushaushalts lösen.

Dafür müssen die Steuereinnahmen des Landes genutzt werden und die Gestaltungsmöglichkeiten für einen langsameren Abbau der Nettoneuverschuldung. Dazu muss sich die rot-grüne Landesregierung von den Vorgaben ihrer Vorgängerregierung lösen und muss dazu auch im öffentlichen Disput stehen. Sie darf sich von CDU, FDP, dem ominösen Bund der Steuerzahler und einigen Medien nicht ins Bockshorn jagen lassen, wenn sie das Nötige beschließt, um die Bildung entsprechend den gestiegenen Erwartungen der Eltern und SchülerInnen zu finanzieren.

Das darf nicht Schule machen

Die Beschäftigten zur Kasse zu bitten oder sie länger arbeiten zu lassen, gilt Landesregierungen als der bequemere Weg, Haushaltsprobleme zu lösen. Wulff hat ihn 2004 beschritten, indem er das Weihnachts- und Urlaubsgeld abgeschafft hat. Seitdem liegt die Bezahlung der BeamtInnen in Niedersachsen im Bundesvergleich auf Platz 13 von 16. Rot-Grün versucht jetzt, an der Arbeitszeitschraube zu drehen. Diesmal geht es vordergründig um die älteren KollegInnen und um die Gymnasiallehrkräfte. Tatsächlich vernichtet die Regierung aber zugleich Einstellungschancen für Jüngere. Wenn das jetzt ohne Widerstand durchgeht, könnte die Regierung im nächsten Jahr die Arbeitszeit auch an Gesamtschulen und Berufsschulen erhöhen und an Gymnasien um eine zweite Stunde. Darum dürfen wir die Schulformen jetzt nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Wie können wir Einfluss nehmen?

Die Haushaltsklausur der Landesregierung hat ihre Absichten am 3. Juli beschlossen. Im August sollen die Landtagsfraktionen darüber beraten. Im Oktober soll es die rot-grüne Einstimmen-Mehrheit im Rahmen der Verabschiedung des Landeshaushalts beschließen. Es ist also im August an der Zeit, dass wir als Betroffene den Landtagsabgeordneten am 29. August unsere Meinung sagen und dass sie uns hören und sehen. Die Regie-

rungsfraktionen müssen lernen, dass die alltägliche Arbeit und die notwendigen Reformen nur dann gelingen, wenn die Lehrkräfte und das nicht lehrende Schulpersonal gut und fair behandelt werden. Lernprozesse sind nicht immer einfach, klappen nicht immer gleich und mitunter bedarf es intensiver Nachhilfe. Darin haben wir Erfahrung.

Die GEW war in den letzten Jahren mit unserem beständigen Trommeln für die Wiederbesetzung aller Stellen erfolgreich. Wulff kam mit seinem Plan, 2.000 Stellen abzubauen und uns um das Arbeitszeitkonto zu betrügen nicht durch. Jetzt ist es ein Erfolg, dass die Wiederbesetzung aller Stellen für die laufende Legislaturperiode beschlossen ist und die rückgängigen Schülerzahlen für Verbesserungen genutzt werden sollen. Aber wir müssen noch erfolgreicher werden, indem wir die Trommeln kräftig rühren und dabei Ausdauer zeigen. Engagiert, gemeinsam und organisiert. Eine Erfolgsgarantie gibt

es nicht. Aber wer sich jetzt nicht bewegt, hat schon verloren.

Doppelter Vertragsbruch

Gleich zweimal bricht die Landesregierung mit ihren Absichten alte Verträge und Absprachen. Und zwar solche, die die SPD-Regierung geschlossen hatte. Im Jahre 2000 war es Konsens zwischen Kultusministerium und GEW, dass im Jahre 2014 die Altersermäßigung wieder aufleben sollte, wie sie vor der Vereinbarung der inzwischen ausgelaufenen Altersteilzeitregelung gültig war. Eine Stunde ab 55, zwei Stunden ab 60. So steht es auch in der gültigen Arbeitszeitordnung. Der damalige Staatssekretär im Kultusministerium Dr. Klaus-Henning Lemme bestätigte dies in einem Schreiben an den GEW-Landesvorsitzenden Torsten Post vom 18.12.2000: „Wir hatten uns darauf verständigt, dass die Altersermäßigung dem erforderlichen Umfang zur Gegenfinanzierung für das Altersteilzeitmodell herangezogen werden

soll. Dabei bestand Einigkeit, dass die Altersermäßigung lediglich für die Laufzeit des Modells in Anspruch genommen wird und anschließend im bisherigen Umfang wieder auflebt.“ Es ist also eindeutig. Die rot-grüne Landesregierung will bezüglich der Altersermäßigung Vertragsbruch begehen. Das können wir nicht akzeptieren.

Gleiches gilt für die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung. Bei den Verhandlungen zum verpflichtenden Arbeitszeitkonto, die der DGB mit der Landesregierung geführt hatte, ging es darum, für die Laufzeit des Arbeitszeitkontos jede Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auszuschließen. Nur aus diesem Grund hatte der DGB ja überhaupt über das LAZKO verhandelt.

Wir können auch diesen Bruch von Verhandlungsergebnissen nicht akzeptieren.

Eberhard Brandt

Schwarz-Gelb soll lieber ganz still sein:

Die haben uns einen unterfinanzierten Haushalt eingebrockt

Die wollen den Schuldenabbau forcieren und hätten weniger Geld für Bildung

Sprecher von CDU und FDP tönen, kaum sei Rot-Grün an der Regierung, da fehle schon Geld für Bildung. Wären sie nur drangeblieben, wäre die Finanzierung der Bildung gesichert und es gäbe keine Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrkräfte. Nichts davon stimmt.

CDU und FDP haben in den zehn Jahren ihrer Regierung einen Scherbenhaufen in der Bildungsfinanzierung hinterlassen. Beispiel Ganzttag: Die 1.200 neuen Ganzttagsschulen wurden genehmigt, ohne dass ihre Finanzierung im Haushalt verankert worden wäre. Das dicke Ende musste

kommen, egal, wer ab 2013 regiert, denn es war klar, dass die Honorarverträge rechtswidrig sind. Warum sonst haben Staatsanwaltschaft und Zoll in den Schulen ermittelt? Warum sonst stellt die Rentenversicherung Nachforderungen und Säumniszuschläge an die Schulen? Rot-Grün will bis 2017 259 Mio. Euro aufwenden, um die Ganztagsausgaben zu verdreifachen und immerhin 75 Prozent des im Ganztagserlass vorgesehenen Ganztagszuschlages zu erreichen. Massiv unterfinanziert ist die Inklusion, die Fort- und Weiterbildung, die frühkindliche Bildung. Die Kurskorrekturen sind allesamt unzureichend

und dennoch enorm kostenträchtig. Schwarz-Gelb hat keinen geordneten Kultushaushalt hinterlassen.

CDU und FDP fordern, dass SPD und Grüne die Schulden schneller abbauen sollen. Wer das macht, hat weniger Geld für den Landeshaushalt zur Verfügung. Und damit weniger Mittel für die Bildung. Weniger Geld bei höheren Ansprüchen an die Schulen bedeutet, dass die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Für die Beschäftigten in den Schulen und den anderen Bildungseinrichtungen ist Schwarz-Gelb keine Alternative.



Zum Auftakt der Haushaltsklausur: Medienvertreter sprachen mit Ministerpräsident Stephan Weil (Mitte) ebenso wie mit dem GEW-Vorsitzenden Eberhard Brandt (links).

Arbeitsbedingungen verbessern statt Arbeitszeiterhöhung

Gute Bildung geht anders, Rot-Grün!

Einstellungschancen für Junge erhalten – Altersübergang für Ältere verbessern

Wie sich die Maßnahmen gleichen: die alte Landesregierung hob die Regelaltersgrenze auf 67 an, die neue Landesregierung erhöht die Wochenarbeitszeit und streicht Altersermäßigungen!

Die Wirkungen sind gleichermaßen negativ: die Einstellungschancen für junge Kolleginnen und Kollegen werden verschlechtert und den älteren Kolleginnen und Kollegen wird es deutlich erschwert die Regelaltersgrenze im Dienst zu erreichen. Vorzeitiges Ausscheiden wird damit billigend in Kauf genommen und der Dienstherr verletzt seine quasi grundgesetzlich verankerte Fürsorgepflicht!

Hierzu einige Daten:

- **Das Durchschnittsalter der Beamtinnen und Beamten: 45,4 Jahre.**
- **29.005 Beschäftigte im Schuldienst sind 55 – 65 Jahre alt (amtliche Schulstatistik 15.8. 2012).**
- **2011 traten Lehrkräfte mit durchschnittlich 62,1 Jahren in den Ruhestand,**
- **lediglich 22,3 % erreichten die damals geltende Regelaltersgrenze von 65 Jahren.**
- **25 % wurden wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig pensioniert.**

Statt nunmehr die Arbeitszeit für Lehrkräfte an Gymnasien um eine Stunde

zu erhöhen und die Altersermäßigung für Lehrkräfte ab 55 (eine Stunde) bzw. ab dem 60. Lebensjahr (zwei Stunden) nicht zu gewähren, sollte das Land Niedersachsen dafür sorgen, dass Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die ein längeres Verbleiben im Dienst ermöglichen. Bezüge für aktive Beamtinnen und Beamte statt Pensionszahlungen wegen Dienstunfähigkeit ist für beide Seiten die bessere Alternative.

Entlastungen für ältere Kolleginnen und Kollegen unabdingbar

Die GEW fordert, die vorhandenen Instrumente eines alters- und altersgerechten Arbeitens und Übergangs in den Ruhestand zu nutzen und damit gleichermaßen die Berufschancen des Nachwuchses zu erhöhen. Für die Lehrkräfte kommen hier besonders folgende Maßnahmen in Betracht:

1. Altersermäßigung und
2. Altersteilzeit
3. besondere Altersgrenze.

Nach bisherigem Rechtsstand sollte zum Schuljahr 2014/15 die ehemalige Altersermäßigung von einer Stunde ab dem 55. und zwei Stunden ab dem 60. Lebensjahr wiederaufleben. Zwischen der bis 2003 regierenden SPD-Landesregierung und der GEW war vereinbart worden, dass als Gegenleistung für die Einführung der Altersteilzeit im Schulbereich die Alters-

ermäßigung bis 2014 ausgesetzt wird. Der Beschluss der neuen Landesregierung, die Altersermäßigung in 2014 nicht wieder in vollem Umfang aufleben zu lassen, zieht den Widerstand der GEW nach sich und ist ein grober Vertrauens- und Vertragsbruch. Doppelt betroffen sind die Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund ihres Lebensalters nicht mehr in den Genuss der bis 2009 geltenden Altersteilzeitregelung kamen und denen jetzt auch noch die Altersermäßigung vorenthalten wird. Dass die alte Landesregierung die für die Finanzierung der Altersermäßigung nötigen Ressourcen nicht genügend eingeplant hatte, kann nicht zu Lasten der Lehrkräfte gehen. Die neue Landesregierung muss hier die nötigen Mittel umgehend einplanen und den Kultusetat entsprechend aufstocken. Das wäre gute Bildung!

Altersteilzeit verbessern

Das bis 2009 geltende Modell mit 50 % Arbeitszeit, 83% Besoldung und 90 % Anrechnung auf die Pension ist seit 1.1.2010 nicht mehr möglich. Das ab dem 1.8.2012 für Lehrkräfte angebotene Modell mit den Eckdaten 60 % Arbeitszeit, daraus 70 % Besoldung und 80 % Anrechnung auf die Pension, ist deutlich schlechter ausgestattet und wird daher auch nur zurückhaltend angenommen.

Die GEW erwartet im Interesse der Vermeidung von Dienstunfähigkeit und Frühpensionierungen eine Verbesserung dieses Modells. Das Modell der abnehmenden Unterrichtsverpflichtung – die „Ungleichverteilung der Arbeitszeit“ – findet die Unterstützung der GEW.

In Kombination mit einer besonderen Altersgrenze wie sie z. B. für Vollzugsbeamte bei Polizei, Justiz und Feuerwehr gilt, können durch Altersermäßigungen und eine verbesserte Altersteilzeit Frühpensionierungen verringert werden. Dies wäre ein großer Schritt in Richtung Abbau von Belastungen im Schuldienst und auch im Interesse der Beschäftigten und des Dienstherren!

Die GEW erwartet konstruktive Vorschläge! **So geht gute Bildung!**

Rüdiger Heitefaut

So nicht, Rot-Grün!

Kommt zur Demonstration am 29. August in Hannover! Jetzt GEW-Mitglied werden!

Jetzt nicht resignieren, sondern agieren. Denn nur gemeinsam und organisiert sind wir ein beachtlicher politischer Faktor.

Es ist Zeit für gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen. Dafür muss mehr Geld in den Kultushaushalt. Die notwendigen Verbesserungen im Ganztags- und der Inklusion dürfen nicht von den Beschäftigten bezahlt werden. Reformen funktionieren nur mit den Betroffenen. Deshalb müssen die Haushaltsbeschlüsse korrigiert werden.

Liebe GEW-Mitglieder, sprecht in den Schulen Eure KollegInnen an, dass sie sich in die Buslisten eintragen, um am 29. August den Abgeordneten im Landtag zu zeigen, dass wir unsere Interessen vertreten, egal wer regiert. Im Mai 2008 haben wir Wulff eine Nachhilfestunde gegeben, als er uns um die Rückgabe der Lehrer-

Arbeitszeitkonten betrügen wollte. Jetzt braucht Weil eine Nachhilfestunde. Da müssen die Älteren mit ihren Erfahrungen nochmal ran. Und sie müssen die Jüngeren mitnehmen. Der Bustransport wird von den GEW-Bezirksverbänden organisiert – in Zusammenarbeit mit den Lehrerverbänden.

Liebe GEW-Mitglieder, sprecht in den Schulen diejenigen an, die bisher noch nicht Mitglied der GEW sind. Werbt sie. Nur mit einer stärkeren GEW haben die Beschäftigten in den Schulen eine stärkere Stimme.

Jedes Mitglied erhält **drei Extra-Ausgaben der E&W Niedersachsen**. Zwei zum Weitergeben, zur Werbung für die Demonstration am 29. August und mit Eintrittsformularen.

Ich mache mit! Mitglied werden per Post, Fax oder einfach online unter www.gew-nds.de

Antrag auf Mitgliedschaft (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Frau/Herr _____

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

Land, Postleitzahl/Ort _____

Geburtsdatum _____ Nationalität _____

Telefon _____ E-Mail _____

bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis (Monat/Jahr) _____

Name/Ort der Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____

Berufsbezeichnung/-ziel _____ beschäftigt seit _____ Fachgruppe _____

Tarif/Besoldungsgruppe _____ Bruttoeinkommen in EURO monatlich _____

Betrieb/Dienststelle _____ Träger _____

Straße/Nr. des Betriebs/der Dienststelle _____ Postleitzahl/Ort _____

gewünschtes Eintrittsdatum _____

Beschäftigungsverhältnis

- angestellt beurlaubt ohne Bezüge
- beamtet teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche
- in Rente/pensioniert teilzeitbeschäftigt mit _____ Prozent
- im Studium in Elternzeit
- arbeitslos Referendariat/Berufspraktikum
- Honorarkraft befristet bis _____
- Altersteilzeit Sonstiges _____

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu prüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Die uns von Ihnen angegebenen personbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt. Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die:

GEW Niedersachsen · Berliner Allee 16 · 30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0 · Telefax: 0511/33804-46
E-Mail: email@gew-nds.de · www.gew-nds.de

Vielen Dank!
Ihre GEW

Einstellungschancen – Ausbau statt Abbau

Wirkung von Arbeitszeiterhöhung und Streichen von Altersermäßigungen

1. Erhöhung der Arbeitszeit an Gymnasien

18.873 Beschäftigte x 1 Stunde = 18.873 Lehrerstunden bei einer Unterrichtsverpflichtung von 24,5 Stunden = 770 Vollzeitlehreinheiten (VLZE)

2. Nichtgewährung der Altersermäßigungen

Altersklasse 55 – 60 = 15.312 Beschäftigte x 1 Stunde = 15.312 Stunden
Altersklasse 60 und älter = 13.693 Beschäftigte x 1 Stunde = 13.693 Stunden
Auf der Basis einer angenommenen durchschnittlichen Unterrichtsverpflichtung von 25,5 Stunden = 1137 VLZE.

Das bedeutet, dass 1.900 junge Kolleginnen und Kollegen zusätzlich in Niedersachsen eingestellt werden könnten.

Ein falsches Signal und eine verfehlte Politik! Gute Bildung geht anders, Rot-Grün!



So nicht, **Rot-Grün!**

**Wehret den Anfängen!
Keine Erhöhung der Arbeitszeit
Sicherung der Altersermäßigung**

Kundgebung und Demonstration 29. August in Hannover

- | | |
|-----------------|---|
| Ab 13.00 | Eintreffen bei Musik und Talk vor dem Kultusministerium, Schiffgraben 10 – 12, Hannover |
| 14.00 | Beginn der Auftaktkundgebung RednerInnen: Eberhard Brandt, GEW Gitta Franke-Zöllmer, VBE |
| 15.00 | Protestdemonstration zum Landtag |
| 16.00 | Abschlusskundgebung am Landtag Redner: Eberhard Brandt, GEW Horst Audritz, Philologenverband |
| 17.00 | Ende der Kundgebung |

Über die Buslisten informieren die GEW-Bezirksverbände und die Lehrerverbände des Beamtenbundes